



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



20.01.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Ende der Sanktionen gegen den Iran

Nach nun fast einem Jahrzehnt hat der Westen, und mit ihm auch die EU, die Sanktionen gegen den Iran beendet. Dies ist ein Sieg der Diplomatie, der die starke Botschaft verkündet, dass friedliche Einigungen auch im Nahen Osten möglich sind. Das Land hat die Verpflichtungen des Abkommens alle eingehalten und wir werden auch wachen Augen darauf achten, dass dem so bleibt.

Dies ist nicht nur eine gute Nachricht für Frieden und Kooperation, sondern auch für die europäische und vor allem auch die deutsche Wirtschaft.

Aussprache zur Lage der Demokratie in Polen

In Europa ist kein Platz für die Einschränkung von Grundrechten! Die Europäische Union ist nicht nur eine Union des Rechts, sondern vor allem auch eine Union der Werte. Das machten wir in der Plenardebatte am Dienstag

deutlich. Auch die polnische Premierministerin Beata Szydło war anwesend. Die EVP unterstützt die Schritte der Kommission, die Rechtsstaatlichkeit der Reform der polnischen Medien und des Verfassungsgerichts zu überprüfen. Das ist nicht als Vorverurteilung misszuverstehen. Es geht darum, klarzustellen, wie die Lage ist. Sollten die Reformen unbedenklich hinsichtlich der polnischen Rechtsstaatlichkeit sein, so liegt es selbstverständlich in der Hand der polnischen Regierung, ihren Staat so zu gestalten, wie sie es für richtig hält. Sie haben das Recht, Gesetze zu verändern – aber nicht das Recht, gegen die grundlegenden Werte der EU zu verstoßen. Autoritarismus kommt oft aus dem Inneren heraus und die Zerstörung von Judikative und Medien sind häufig ein erster Schritt.

Sexuelle Übergriffe der Kölner Silvesternacht

Gerade als Vorsitzende der Frauenunion Baden-Württemberg machen mich die Ereignisse der Silvesternacht in Köln fassungslos und wütend.

Dass die Männer sich trauten, dort unbehelligt unter den Augen der Polizei vorzugehen, treibt mich besonders um. Der Rechtsstaat muss seine Lehren aus diesem Scherbenhaufen ziehen – und Antworten geben. Was muss getan werden? Zunächst ist die Arbeit an einer weiteren Reduzierung der täglich neu ankommenden Flüchtlinge prioritär, eine Aufgabe, die nur zusammen mit den anderen EU-Staaten und weiteren Partnern gelöst werden kann. Einfache „Obergrenzen“ und „Grenzsicherungen“ werden dem komplexen Thema jedoch nicht gerecht und suggerieren einfache Lösungen, die es so nicht gibt. Zudem ist diese Tragödie eine Warnung, Gewalt gegen Frauen zum Thema zu machen, egal woher die Täter stammen – wer hier leben will, darf nicht gewalttätig gegen Frauen und Mädchen sein, das gilt auch für häusliche Gewalt!

Gelder der EU besser nutzen

Meine Analyse der EU-Projektimplementierung in Drittstaaten für den Haus-

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



20.01.2016

EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

haltskontrollausschuss brachte bedenkenswerte Ergebnisse zu Tage: In den 2600 Projekten im Jahr 2014 mit einem Gesamtwert von 30 Milliarden Euro wird jeder zweite Euro verspätet ausgegeben, jeder dritte Euro erreicht nicht das geplante Ziel, und für jeden vierten Euro trifft sogar beides zu. Bei dieser Analyse, die ich in dieser Tiefe erstmals erstellen konnte, kamen ungeahnte Unzulänglichkeiten zu Tage. Eigentlich ist es Aufgabe der Kommission, darüber belastbare Daten einzufordern und auszuwerten. Es war ein mehrjähriges Ringen meinerseits nötig, um diese Daten in verwertbarer Art und vergleichbar zu bekommen. Das hat sich gelohnt. Ich konnte große Unterschiede in der Effektivität von verschiedenen Delegationen (d.h. EU-Botschaften) beobachten. Dies darf nicht so weitergehen. Die Kommission muss sich endlich mit diesen Zahlen befassen und verhindern, dass weiterhin Geld der Steuerzahler nicht dorthin gelangt, wo es eigentlich hin soll: in Entwicklungsländer, um dort die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Wir

sehen den Zusammenhang zwischen Armut und Flucht jeden Tag und müssen effizienter als bislang mit den EU-Geldern sein.

Förderung von Unternehmerinnen

Trotz großer Fortschritte bestehen noch immer Ungleichheiten für Männer und Frauen auf dem Arbeitsmarkt. So lag die Beschäftigungsrate von Frauen in Europa Ende 2014 noch immer bei 59,6%, während sie für Männer bei 70,1% lag. Es Frauen einfacher zu machen, Unternehmen zu gründen, kann bei der Erreichung der Gleichstellung der Geschlechter entscheidend helfen. Denn noch immer stellen Frauen nur 31% der Unternehmensgründerinnen und -gründer. Daher legten wir dar, welche Probleme vorliegen und wie diese gelöst werden sollen. Wichtige Punkte sind dabei der Finanzierungsbedarf von Unternehmerinnen sowie die weiterhin nicht gelöste, indirekte Diskriminierung, etwa durch fehlende Möglichkeiten zur Kinderbetreuung und Altenpflege.

Steueroasen dürfen nicht doppelt profitieren

In letzter Zeit gab es einige große Steuerrückforderungen gegenüber Unternehmen, die unrechtmäßige Steuermodelle in einigen Mitgliedstaaten nutzten. Nur: Aktuell gehen diese Rückzahlungen an den Mitgliedstaat, der dieses Vorgehen zuvor erst möglich gemacht und sich dadurch Vorteile gesichert hat! Damit profitieren diese Staaten gleich zweimal von ihren unfairen Praktiken. Deshalb haben wir uns nun darauf geeinigt, damit endgültig Schluss zu machen. Die Rückzahlungen sollen in Zukunft direkt an die EU fließen und den Mitgliedsstaaten zugutekommen, die durch diese Steuerpraktiken geschädigt wurden.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Mit dem neuen Jahr kam auch eine neue Praktikantin in mein Büro nach Brüssel. Ich freue mich, die Politikstudentin Sarah Hoffmann aus Duisburg für sechs Monate als Verstärkung im Büro zu haben.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle